

# Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung

## Kongo-Intervention: neokoloniale Politik zur Durchsetzung von EU-Interessen

von Tobias Pflüger

Obwohl formal das Europäische Parlament kein Mitentscheidungsrecht hat, stimmte Ende März, quasi als Einstimmung für die einzelstaatlichen Parlamente, eine große Koalition von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen für eine EU-Militärintervention in die Demokratische Republik Kongo. Genau zum Zeitpunkt der Debatte über einen Militäreinsatz, hatte sich das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“ (PSK) der EU für eine entsprechende Afrika-Intervention, und die Entsendung von 1500 Soldaten entschieden. Im PSK sitzen die Botschafter oder zuständigen Stellvertreter aus den EU-Ländern zusammen und bestimmen über EU-Militäreinsätze. Formal bestätigt dann noch der EU-Ministerrat dieses Votum für eine Kongo-Militärintervention. Anfang Mai soll auch der Bundestag als Grüßaugust seine Zustimmung geben. Die Vorbereitungen, die schon jetzt begonnen haben, werden dann nicht mehr zu stoppen sein. Das Ganze ist schlicht eine Farce, da die Vorbereitungen eines Militäreinsatzes bereits auf Hochtouren laufen und damit eine parlamentarische Entscheidung präjudizieren. Nicht einmal minimale demokratische Standards werden mehr eingehalten. Die EU hat gegenüber Drittstaaten Kriterien für die parlamentarische Kontrolle von Militär aufgestellt. Sie selbst erfüllt diese Vorgaben aber nicht.

### Deckmantel Wahlhilfe

Offiziell geht es beim geplanten EU-Militäreinsatz im Kongo um die militärische Absicherung der bevorstehenden Wahlen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden mehrfach verschoben. Die Abstimmung soll nun zwischen dem 25. Juni und dem 2. Juli stattfinden, nachdem der Termin ursprünglich für vergangenes Jahr vorgesehen war. Die größte Oppositionspartei UDPS boykottiert jedoch die Wahlen. Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sagt ganz offen, dass es „um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes“ ginge und „wir es mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen“, soll-

ten keine Soldaten geschickt werden. Und weiter: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ Gemeint sind strategische Rohstoffe wie Wolfram, Cobalt und Mangan. Offensichtlich geht es beim EU- und Bundeswehreininsatz um Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung!

Schon jetzt wird der geplante EU-Militäreinsatz von vielen zu Recht als Unterstützung des autoritär regierenden Präsidenten Kabila und der War-Lords vor Ort angesehen gegen Opposition und auch gegen viele in der Bevölkerung. Dazu passt, dass den - von der EU ausgebildeten - kongolesischen Sicherheitskräften zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Der „arme, geschundene Kontinent ist auch von den Europäern kaputt gemacht worden“, stellte Jungs Vorgänger Peter Struck laut einer Meldung im Tagesspiegel fest, um damit einen Militäreinsatz der EU zu rechtfertigen: „Wer denn, wenn nicht wir, soll dahin?“, fragte Struck. So sollen auch mindestens 700 deutsche Soldaten „dahin“ geschickt werden. Ein deutscher SPD-Politiker meinte zu dem 1500-Mann-Einsatz: „Das wäre so, als würden 750 Soldaten in Lissabon landen und sagen, damit würden sie ganz Westeuropa stabilisieren.“ Auch immanent militärisch gesehen macht dieser Einsatz also keinen Sinn. Selbst hochrangige Militärs, wie beispielsweise Generalmajor Jan Oerding, der Chef der neuen EU-Einrichtung „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm, konnte keine klare Antwort auf die Frage geben, welchen Erfolg aus militärisch-strategischer Sicht 1.500 im Kongo eingesetzte Soldaten verbuchen können.

In den Reihen der deutschen Militärs steigt die Ablehnung gegen diese „reine Show, die das Leben deutscher Soldaten nicht wert ist“, wie Bernhard Gertz, Sprecher des Bundeswehrverbands den Kongo-Einsatz in der „Welt am Sonntag“ charakterisierte. Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe hat indes die Bundesregierung aufgefordert, vor einem etwaigen Kongo-Einsatz der Bundeswehr die

Bedingungen genauestens zu klären.

### Demonstrierte Interventionsfähigkeit

Nicht einmal die drei wesentlichen internen Bedingungen für den Kongo-Einsatz sind erfüllt. Erstens kann sich die EU für ihre militärische Intervention im Kongo auf kein UN-Mandat berufen, da es bisher keinen derartigen Beschluss des UN-Sicherheitsrates gibt, zweitens wurde keine wirkliche Anforderung seitens der kongolesischen Regierung ausgesprochen, da Präsident Kabila lediglich zu verstehen gegeben hat, dass er nichts gegen einen EU-Militäreinsatz habe, was höchstens als Unterstützung, aber keinesfalls als Anforderung zu bewerten ist. Und drittens fehlt eine exakte zeitliche und räumliche Begrenzung für diesen Einsatz. Zur Dauer heißt es: vier Monate oder vielleicht doch länger, und eine räumliche Begrenzung wird in dem Beschluss des PSK nicht festgelegt.

Deutschland wird führend am EU-Militäreinsatz im Kongo beteiligt sein. Das im Potsdamer Einsatzführungskommando bereitgestellte „Operation Headquarter“ (OHQ) der EU soll den Einsatz leiten. Das sogenannte „Force Headquarters“ (FHQ) dafür, also eine verlegbare Befehlszentrale im Einsatzland wird bei diesem Einsatz das Pariser FHQ sein. Auch Deutschland verfügt seit knapp einem halben Jahr über ein FHQ, dem „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm. Dass für den Kongo-Einsatz nun nicht das deutsche FHQ, sondern das französische ausgewählt wurde, ist der politische Deal, der Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich. Das Kommando in Ulm wird für den Kongo-Einsatz mehrere Verbindungsoffiziere in das Potsdamer OHQ abstellen, damit ist „Ulm“ in den Kongo-Militäreinsatz involviert.

Mit dem Kongo-Einsatz will die EU ihre Interventionsfähigkeit beweisen. Das ist auch Teil des neuen „großen Spiels“ um Afrika, bei dem EU-Mitgliedstaaten, China und die USA um die Rohstoffausbeute konkurrieren. Die neuen Battle Groups der Europäischen Union haben nach EU-Strategiepapieren Afrika als Hauptziel. Die EU will zeigen, dass „Europas Sicherheitspolitik beginnt, handlungsfähig zu werden“, denn „dies ist der einzige entscheidende Grund für diesen Einsatz“, wie es Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses offen sagt. Mit diesem militarisierten Neokolonialismus der EU und Deutschlands muss endlich Schluss sein!